



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 08. Juli 2014
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Michaela Apel (SPD)

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr

Ende: 19:25 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 17/14)

(Drucksachenband 182)

Drucksachenlisten (DL Nrn. 39/14)

(Drucksachenband 186)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0055 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0056 Genehmigung der Niederschrift vom 13.05.2014

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 13.05.2014 wird genehmigt.

Einstimmig

0057 14-F-33-0081

Verhältnis Stadtpolizei-Bürger
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 01.07.2014 -

Zu diesem Thema sind Stadtrat Dr. Franz, Herr Tischel und Herr Erkel anwesend.

Herr Tischel berichtet, dass man keine Statistiken über Beleidigungen o.ä. führe, das Ganze starken Schwankungen unterliege, aber Beleidigungen tagtäglich vorkämen. Auch die tätlichen Übergriffe unterliegen starken Schwankungen, sind in der Masse zwar gleichbleibend, aber die Aggressivität nähme zu. Dabei ist ein unmittelbarer Einfluss aufgrund von Presseberichterstattung oder Meldungen im Internet festzustellen, welche dann oft einen sog. Shitstorm auslösten. Bei guter Presse gäbe es aber auch durchaus Zuspruch.

Wichtig sei, dass die Mitarbeiter/innen mit diesen Übergriffen umgehen können. Herr Erkel ist Einsatztrainer. Außer Frankfurt sei Wiesbaden die einzige Stadt, die einen Einsatztrainer habe, der bei der Polizei ausgebildet worden sei. Hauptpunkt sei Deeskalationsverhalten.

Herr Erkel berichtet weiter, dass er dieselbe Ausbildung als Einsatztrainer erhalten habe, wie die Landespolizeibeamten. Dabei wurden folgende Bereiche vorgestellt:

- Deeskalation/Gesprächsführung
- Distanzschaffende Maßnahmen
- Handfesseln (richtiger Umgang)
- Pfefferspray (richtiger Umgang)
- Teleskopschlagstock (richtiger Umgang) - durch Präsentation enden 80 % der Maßnahmen hier ohne Einsatz
- Anhalten und Durchsuchen von Fahrzeugen
- Betreten und Durchsuchen von Wohnungen (bei psychisch auffälligen Personen)
- Sicherer Umgang im Nahbereich (Befreien von Personen)

Man werde weiterhin Nachwuchstrainer ausbilden

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 08. Juli 2014

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Herr Tischel erklärt, dass die Schulterkamera als Experiment in Frankfurt getestet werde, das neue Chancen aber auch Risiken mit sich bringe, denn das Wort „Kamera“ sei ein Reizwort und kann zu Provokationen führen. Man habe mit der Polizei gesprochen und werde das Experiment noch eine Weile abwarten. Eine Kamera koste außerdem mehrere hundert Euro. Wenn es nach der Versuchsphase in Frankfurt ein Pilotprojekt in Wiesbaden gibt, werden die Gremien darüber informiert.

Auf die Frage von Stv. Schickel, ob es renitente Bürger aus bestimmten Zielgruppen gäbe teilt Herr Tischel mit, dass Bevölkerungsgruppen nicht klar differenziert werden könnten, sondern dass vielmehr der Alkohol das Problem sei. Gerade am Wochenende habe man mit Alkohol- und Drogenmissbrauch zu tun. Die Stadtpolizei werde durchaus zu Szenen mit Drogenmissbrauch gerufen.

Lt. Herrn Erkel sei die Hemmschwelle allgemein gesunken, selbst bei der Verkehrsüberwachung käme es zu massiven Übergriffen.

Antonia Dörr vom Jugendparlament möchte wissen, wo es mit Jugendlichen die häufigsten Probleme gäbe und wo das Jugendparlament ansetzen könne.

Herr Tischel möchte verstärkt in die Schulen gehen, dort habe man gute Kontakte mit den Jugendlichen. Auch bei Jugendlichen komme es aber häufiger zu Problemen, wenn diese alkoholisiert seien. Die Gruppen seien in der Regel gemischt. Junge Männer machten häufiger unter Alkohol „den Molly“.

Über verbale Attacken gingen seine Mitarbeiter grundsätzlich hinweg, aber bei einzelnen oder auch bei Straftätern nimmt es dann manchmal andere Formen an. Man versuche aber immer, eher fürsorglich mit den Jugendlichen umzugehen. Bei Straftätern müsse man eine andere Ansprache wählen, da gelte untereinander das Recht des Stärkeren. Aus ideologischen Gründen mögen manche Gruppen keine Staatsmacht und reagieren auf Uniformen manchmal schwierig.

Auf Nachfrage von Dr. Delbasteh erklärt Herr Tischel, dass man nicht grundsätzlich Probleme mit Jugendlichen habe, aber unter Alkoholeinfluss wäre das anders. Warum Jugendliche dann massiv reagieren könne man nur vermuten - Frust, mangelnde Erziehung. Manchmal handelt es sich aber auch einfach nur um Streiche. Er weist auf das Projekt hin, in dem Jugendliche beim Ordnungsamt ehrenamtlich mitarbeiten. Man müsse den Jugendlichen manchmal auch ein gewisses Maß an Toleranz entgegenbringen, denn es würde bei Feiern auch mal ein bisschen lauter, deshalb müsse nicht immer gleich die Polizei gerufen werden.

Lt. Stadtrat Dr. Franz stelle sich die Situation für die Stadtpolizei nicht anders dar als für die Landespolizei. Autorität werde heute ganz anders in Frage gestellt als früher. Vor allem sei die Eigensicherung der Beamten wichtig, auch dazu wird geschult. Außerdem sei man dazu übergegangen, schuss- und stichsichere Westen als Schutz für die Mitarbeiter anzuschaffen. Bürger würden nicht zwischen Landes- und Stadtpolizei unterscheiden. Jugendliche würden manchmal nur ihre Stärke beweisen oder zur Schau stellen, aber Gewaltanwendung ist immer inakzeptabel. Die Stadtpolizei sei heute präsenter als früher und beschränkt ihre Tätigkeit nicht nur auf die Verkehrsüberwachung. Dadurch haben sich aber auch andere Konfrontationsfelder ergeben, die früher eher die Landespolizeibeträfen. Das Problem sei wirklich die Gewaltbereitschaft unter Alkoholeinfluss.

Auf genaue Zahlen zu tätlichen Übergriffen unter Alkoholeinfluss von Stv. Göttenauer angesprochen erklärt Herr Erkel, dass es keine genauen Zahlen gäbe, aber es seien mit Abstand die meisten.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 08. Juli 2014

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Schickel geht davon aus, dass der Alkoholmissbrauch unter Jugendlichen rückläufig sei, aber das Koma-Saufen sei nach wie vor ein Thema und Crystal Meth sei im Vormarsch. Muss man sich da Sorgen machen?

Man habe keine Einschätzung zu den einzelnen Drogen (lt. Herrn Tischel). Es habe aber z. B. den Einsatz eines Hundes im Kampf gegen einen Angreifer gegeben, der über 10 Minuten gedauert habe. Der Angreifer war durch Drogen schmerzunempfindlich. Das Alkohol- und Drogenproblem gelte für alle Altersgruppen. Bei Jugendlichen sei eine eher rückläufige Tendenz zu verzeichnen. Bei den 13- bis 15-Jährigen kämen Alkohol und Drogen weniger vor und auch bei den 16- bis 18-Jährigen sei es auch weniger geworden.

Stv. Gaedeke weist darauf hin, dass es ein Problem sei, dass Jugendliche oft keinen Platz hätten, an dem sie sich treffen könnten und sich dann verdrängt fühlten. Die Situation im Kurpark habe sich entspannt.

Stadtrat Dr. Franz bestätigt, dass Jugendliche Räume haben müssten, wo sie sich treffen könnten. Dort sei dann auch eine bessere Kontrolle möglich. Das Ganze stehe aber immer im Spannungsverhältnis mit den Anwohnern. Der Kulturpark werde zwar erweitert, aber ein Teil der Jugendlichen würden diesen Bereich aber vermeiden. Eine Herausforderung seien die Stressmacher, die man frühzeitig ansprechen müsse. Man wolle aber keine Friedhofsruhe erzeugen, sondern ein ausgewogenes Verhältnis der Bevölkerungsgruppen.

Zum Warmen Damm erklärt Herr Tischel, dass die gärtnerische Gestaltung der Anlage nicht ganz billig sei. Man müsse die jungen Leute frühzeitig ansprechen, aber oft sei am Anfang alles in Ordnung und zu späterer Stunde käme es dann doch zu Zerstörungen. Man versuche auch hier, präventiv zu arbeiten.

Nach dem Verhältnis von weiblichen und männlichen Mitarbeitern der Stadtpolizei und solchen mit Migrationshintergrund befragt erklären Herr Tischel und Herr Erkel, dass es von 100 Beamten 30 weibliche gäbe. Zum Migrationsanteil gäbe es keine gesicherten Zahlen, aber man gehe von 12 - 13 % aus. Das Interesse von Bewerbern mit Migrationshintergrund an der Tätigkeit als Stadtpolizist sei groß.

Stv. Kisseler möchte wissen, wie oft Mitarbeiter der Stadtpolizei mit Schusswaffen konfrontiert werden.

Lt. Herrn Tischel habe es bisher noch keinen Angriff mit Schusswaffen gegeben, aber die Bedrohung durch Messer. Vor 10 Jahren sei es noch die Ausnahme gewesen, dass die Landespolizei Schutzwesten getragen habe. Heute sei dies bei Einsätzen normal.

Herr Steffler, Bürger in Wiesbaden, berichtet, dass er vor 6 Jahren nach Wiesbaden gezogen sei und bei einem Sicherheitsunternehmen arbeite. Der Bürger sähe Mitarbeiter der Stadtpolizei eher im Bereich der Überwachung des ruhenden Verkehrs, über andere Einsätze höre man nur über die Presse. Er fühlt sich ungerecht behandelt und hält die Wellritz- und Hellmundstraße für einen rechtsfreien Raum. Die Straßen und Gehwege seien dermaßen zugeparkt, aber er habe noch nie einen Strafzettel an den dort abgestellten Fahrzeugen gesehen. Er selber fahre seit 50 Jahren Roller und habe in der kurzen Zeit in Wiesbaden bereits 2 Strafzettel erhalten.

**Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Juli 2014**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Auch Stv. Schickel bestätigt, dass im Westend nicht ernsthaft durchgegriffen werde. Dort herrsche eine regelrechte Macho-Kultur. Die jungen Männer nach Belieben. Da wäre Präsenz und Durchgreifen der Stadtpolizei durchaus angebracht.

Stadtrat Dr. Franz bestätigt, dass für das Westend ein Konzept erarbeitet werden soll und die Präsenz dort verstärkt werden muss. Er sei selber gestern dort unterwegs gewesen und sah sich mit sehr viel Dreck konfrontiert. Die Parksituation sei unübersichtlich, selbst Rettungswege seien zugestellt. In der Bleichstraße habe eine Polizeistreife (Landespolizei) ein Bäckerfahrzeug aufgefordert, weiterzufahren. Dadurch sei es zu einer Eskalation gekommen. Verkehrsregeln gelten dort aber genauso und müssen auch durchgesetzt werden.

Es gäbe 25 neue Mitarbeiter (lt. Herrn Erkel). Man habe im Rahmen von „Ordnungsamt vor Ort“ im Westend eine Umfrage gestartet. Die Leute leben grundsätzlich gern im Westend, aber der Müll und die Verkehrssituation seien ein Problem. Man werde das weiterhin begleiten und im 2. Halbjahr 2014 werde es wieder Feuerwehrkontrollfahrten geben.

Vors. Apel weist darauf hin, dass der Fragebogen des Ordnungsamtes dem Ortsbeirat nicht bekannt war und habe keinerlei Absender enthalten.

Lt. Herrn Tische! war diese Aktion ein Test und es hätte Anfängerfehler gegeben. Er bestätigt auch die im Westend herrschende Macho-Kultur und man müsse entsprechend auftreten. In der letzten Zeit habe sich die Situation zugespitzt, die Bürger hätten Angst. Es gingen anonyme Beschwerden ein. Außerdem müsse er erwähnen, dass der Stadtteilintegrationsbeauftragte in der Presse veröffentlicht habe, dass es nichts macht, dass kreuz und quer geparkt werde. Das sei natürlich kontraproduktiv.

Stv. Schickel bestätigt, dass die Stellungnahme des Integrationsbeauftragten irritierend war und schlecht angekommen ist.

Stadtrat Dr. Franz weist darauf hin, dass man ein niedrighwelliges Angebot machen wolle und Herr Tische! bitte darum, Folgendes mitzunehmen:

Wer ein Problem habe, solle sich beim Ordnungsamt publik machen. Man könne auch mit Bedrohungen umgehen und ginge allen Dingen nach.

Herr Börner, Bürger in Wiesbaden, fragt nach, ob die Stadtpolizei ein Image- oder Unterstützungsproblem habe. Frühe sei Sendepause gewesen, wenn die Polizei kam, heute sähe das anders aus.

Vielleicht könne man ein anderes Image aufbauen. In der Helenen- und Luisenstraße würden Pizza-Schachteln einfach aus dem Auto geworfen. Ein Polizist wurde verbal und tätlich angegriffen. An Stv. Gaedeke gewandt erklärt er, dass junge Leute sicher einen Raum zum Chillen bräuchten, aber ihnen müsse auch klar gemacht werden, dass es auch die Stadt der Jugendlichen sei und sie sich einordnen müssen.

Dieser Appell ist bei Stadtrat Dr. Franz angekommen. Das Ordnungsamt wolle auch Ansprechpartner sein. Wenn dies bestimmte Teile der Bevölkerung als Schwäche auslegen, sei das allerdings ein Dilemma. Aber eine gefürchtete Truppe sei auch nicht das Ziel. Er wisse um den Autoritätsverlust - dies sei ein generelles Problem.

Vors. Apel wünscht sich auch Respekt vor der Einsatzkräften, sieht aber eine Veränderung der Eingriffsrechte als eher schwierig an. Sie hält Kooperation für wichtig.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Juli 2014

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Antrag ist durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache erledigt.

Einstimmig

0058 14-F-33-0082

Welcome Center für ausländische Fachkräfte
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 01.07.2014 -

Der Antrag wird angenommen. Es folgt ein schriftlicher Bericht.

Einstimmig

0059 14-V-10-0020

Aufhebung der Zuerkennung eines Ehrengrabes

Die Sitzungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0060 14-F-33-0033

Mehr Migranten in sozialen Berufen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 19.03.2014 -

Der gem. Antrag von CDU und SPD vom 19.03.2014 betr.

Mehr Migranten in sozialen Berufen

kommt nach der Sommerpause unter Einbeziehung der Berichte von Dezernat I und Dezernat II
erneut zum Aufruf.

Einstimmig

0061 14-V-12-0001

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

1. Der Bericht des Oberbürgermeisters vom 18.06.2014 wird zur Kenntnis genommen.
2. Des Weiteren wird zur Kenntnis genommen, dass die CDU-Fraktion neben Herrn Stadtverordneten Weck als weitere Vertreterin Frau Stadtverordnete Karpidou benennt.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Juli 2014

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

3. Nach der 1. Sitzung der Steuerungsgruppe am 23.07.2014 wird der Ausschuss über die Ergebnisse unterrichtet.

Einstimmig

0062 Bericht der Dezernentin

Folgender Bericht von Frau Stadträtin Scholz wird zur Kenntnis genommen:

- Für die Integrationskonferenz am 11.07.2014 liegen 150 Anmeldungen vor.
- Bei ihren Besuchen „Vor Ort“ hat Frau Stadträtin Scholz alle Moscheen und Migrantenvereine besucht.
- Muttersprachlicher Unterricht sollte verstärkt angeboten werden. Dieses Thema wird von Frau Stadträtin Scholz besonders unterstützt und könnte auch evtl. für den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration interessant sein. Es entsteht eine ausführliche Diskussion, in deren Verlauf Frau Scholz berichtet, dass sie versucht, eine Kommunikation unter den Schulen herzustellen. Stv. Schickel berichtet dazu, dass der 3. Generation von Menschen mit Migrationshintergrund der Begriff Integration zu viel geworden ist. Die Gemeinden gerieten bei jungen Männern ans Ende ihrer Möglichkeiten.

Lt. Stadträtin Scholz ist das aber nicht nur bei Migranten sondern auch allgemein ein Problem.

Das Ganze hat lt. Stv. Schickel viel mit der Suche nach der eigenen Identität zu tun. Man spräche z. B. von einer „doppelten Halbsprachigkeit“ - vielleicht helfe da der Kontakt zu den Schulen.

Stv. Karipidou bedankt sich für die Anregung, den muttersprachlichen Unterricht zu fördern. Eine zweisprachige Erziehung sei dazu Voraussetzung. Junge Eltern seien oft verunsichert und bräuchten Unterstützung.

Stv. Dr. Delbasteh fragt nach, wie viele Gemeinden Frau Stadträtin Scholz denn besucht habe und warum sie nicht beim Sommerfest auf dem Gräselberg gewesen sei. Die Gemeinde brauche Hilfe,

Frau Stadträtin Scholz hat zu dieser Veranstaltung keine Einladung erhalten und muss bei der Vielfalt ihrer Termine nicht nach neuen Terminen suchen. Sie komme aber Einladungen gerne nach und bittet Stv. Dr. Delbasteh ihr in Zukunft die Einladungen zukommen zu lassen.

Einstimmig

0063 Verschiedenes

1. Vors. Apel informiert den Ausschuss darüber, dass der Ausländerbeirat darum gebeten hat, zukünftig Themen für die Integrationsgespräche in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss, dem zuständigen Dezernat und dem Ausländerbeirat abzusprechen.

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Juli 2014

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Ausschuss wird den Ausländerbeirat so rechtzeitig über die Beratungstermine des Ausschusses zu diesem Thema informieren, dass diesem eine Abstimmung im Gesamtgremium möglich ist (1 Sitzungszug Vorlauf).

Die Beteiligung des Ausländerbeirates kann durch Doppelbesetzungen im Ausschuss und die Entsendung eines ständigen Vertreters als sichergestellt angesehen werden.

2. Vors. Apel unterrichtet die Ausschussmitglieder darüber, dass eine grundsätzliche Beratung über die Anträge verschiedener Städte, die eine Partnerschaft mit der Landeshauptstadt Wiesbaden anstreben, nach der Sommerpause vorgesehen ist. Die Geschäftsstelle wird den Ausschussmitgliedern alle relevanten Unterlagen kurzfristig zur Verfügung stellen.
3. Der Ausschuss wird nach der Sommerpause verstärkt auswärts tagen. Dazu sind Vorschläge erwünscht. Die nächste Sitzung außerhalb des Rathauses könnte evtl. in der muslimischen Gemeinde in der Dotzheimer Straße stattfinden.
4. Das Institut Lernplanet wird über die Geschäftsstelle angefragt, ob Interesse besteht, die Arbeit des Institutes im Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorzustellen.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .09.2014

Vorsitzende

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Apel

Weck

Koba